

Erstausgabe täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Johannstadtgasse 33.  
Spezialdruck der Redaction:  
Dienstag 10-12 Uhr.  
Mittwoch 4-6 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Nummer 14,900.**  
Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.,  
incl. Frachtlohn 5 M.,  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 30 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Schulden für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 M.,  
mit Postbefreiung 45 M.  
Inserate 1/2 Sp. 20 Pf., 1 Sp. 30 Pf.,  
mehrere Spalten laut unserem  
Preisverzeichnis — Tabellarischer  
Zug nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Rubricationszeichen  
die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Abent wird nicht  
gegeben. Zahlung pränumerando  
oder durch Postnachschuß.

No 27.

Sonnabend den 27. Januar 1877.

71. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
**Sonntag den 28. Januar nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr**  
geöffnet. **Expedition des Leipziger Tageblattes.**

### Bekanntmachung,

die Anmeldung schulpflichtiger Kinder betreffend.  
Nach § 4 des Gesetzes vom 26. April 1873 hat jedes Kind die Volksschule seines Aufenthaltsortes acht Jahre lang, vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre ununterbrochen zu besuchen. Es sind daher diejenigen Kinder, welche bis zum 1. April d. J. das sechste Lebensjahr vollenden, zu Ostern dieses Jahres der Schule zuzuführen und

vom 22. bis 27. Januar d. J.

Vormittags 10 bis 12 Uhr und Nachmittags 2 bis 4 Uhr bei dem Director der Bürger- oder Bezirksschule, welche die Kinder besuchen sollen, anzumelden. Dabei ist für jedes anzumeldende Kind ein Tauf- oder Geburtszeugniß, sowie ein Impfschein, und von Seiten der seiner Religionsgesellschaft angehörenden Dissidenten eine schriftliche Erklärung darüber vorzulegen, in welcher Religionslehre die Kinder unterrichtet werden sollen.

Wer für sein Kind die Befreiung vom Besuche einer städtischen Volksschule in Anspruch nehmen und dasselbe einer höheren Unterrichtsanstalt, einer concessionsierten Privatschule überweisen oder von einem geprüften Privatlehrer unterrichten lassen will, hat solches dem Schulausschusse anzuzeigen.

Sollen gebrechliche, kränkliche oder geistig unreife Kinder dem Besuche der Schule über das gesetzliche Eintrittsalter hinaus zurückgehalten werden, so ist die Genehmigung dazu bei dem Schulausschusse unter Vorbringung ärztlichen Zeugnisses nachzusuchen.

Wer diesen Vorschriften zuwider handelt, hat sich der gesetzlichen Maßnahmen zu gewärtigen.  
Leipzig, am 20. Januar 1877.

Der Schulausschuss der Stadt Leipzig.  
Dr. Panitz. Lehner.

### Holzauktion.

Mittwoch den 31. Januar a. e. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 16a

ca. 200 Schlagreißigbäume (Langbäume)

unter den im Termine öffentlich ausgegebenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Reißbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im sogenannten Streichholze bei Connewitz, unweit der Wasserleitungsanlage.  
Leipzig, am 20. Januar 1877.

Des Raths Forst-Deputation.

Leipzig, 26. Januar.

Wir können der Socialdemokratie nicht scharf genug auf die Finger sehen. Da sie selbst eine große Lüge ist, die nur von der Unwissenheit leichtgläubiger Massen lebt, so ist es natürlich, daß sie „fortzeugend Lügen muß gebären“. So giebt sie neuerdings die Forderung aus: das allgemeine Wahlrecht sei in Gefahr; man müsse es dem Volke rauben, und die Reaction sei bereit im vollen Zuge. Schon am Mittwoch schrieb das socialistische Centralorgan „Vorwärts“:

„Alles schreit, und natürlich auch der Liberalismus, nach Beschränkung der Strafparagrafen gegen freisinnige Neuerungen, nach Polizeimaßregeln gegen unsere Partei, nach Beschränkung des Wahlrechts; ja sie rufen selbst in ihrer blinden Wuth nach dem Sabel, welcher der rothen Kanäle den Garaus machen soll.“

Und in ihrer heutigen Nummer eröffnet das „Centralorgan“, auf jener ersten Lüge fortbauend, bereits eine Reihe von Artikeln mit der Ueberschrift: „Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in Gefahr“, und es stellt dabei folgende Behauptung an die Spitze:

„Wer und freudig will man opfern das erste Recht des Volkes, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, auf dem Altar der Macht. Das führt Bismarck, der Beschützer dieses Rechtes, darüber nicht untreulich ist, vertritt sich von selbst; man kommt ihm eben nur entgegen.“

Wir fragen: Wer will dieses Recht gern und freudig opfern? Wo und wann hat der Liberalismus nach der Beschränkung des Wahlrechts geschrien? Wo hat die liberale Presse, wo hat Fürst Bismarck eine solche Beschränkung gewünscht oder in Aussicht gestellt? Wir fordern den „Vorwärts“ auf, und ein einziges liberales Blatt zu nennen, welches dafür eingetreten wäre, und eine einzige Neuerung des Reichstages oder seiner Kollegen im Bundesrathe zu citiren, die darauf hindeutete, daß die Art an dem Baum des allgemeinen Wahlrechts legen“ wollen. Er wird es nicht können, ohne neue Lügen auf die alten zu häufen. Von einigen ganz vereinzelt, rein privaten und ziemlich unklaren Stimmen in nicht liberalen Blättern abgesehen, hat Niemand den Fortbestand des allgemeinen Wahlrechts angezweifelt; ja man hat in liberalen Kreisen, wie im Städtischen Verein zu Leipzig, schon im Voraus ganz entschieden gegen jede Einschränkung Front gemacht. Warum schweigt der „Vorwärts“ solche Kundgebungen tot? Wir erwähnen das nur, um die unehrliche Taktik dieser Volkspöbel zu kennzeichnen. Nach Fürst Bismarck hat bei einer früheren Gelegenheit, als er im Reichstage die sociale Bewegung vornahm, zwar auf Beachtung und Beförderung dieser Bewegung gedrungen, aber nur auf eine geistige Pflanzung. Er hat gewünscht, man solle ihr Blätter möglichst verbreiten (woblgemerkt: nicht unterdrücken), damit man in weiten Kreisen ihr

Nichtsnutzigkeit kennen lerne; er hat ferner Discussion mit den Socialisten gewünscht, fleißigere Benutzung ihrer eigenen Waffen, Besuch ihrer Versammlungen u. Auch auf bessere Volksschulen hat er gedrungen. Das allgemeine Wahlrecht aber hat er niemals angefochten, und es ist eine Verleumdung, die nicht schnell und gründlich genug gebrandmarkt werden kann, wenn man ihm trotz solcher Aeußerungen Absichten unterstellt, die gerade auf das Gegentheil hinauslaufen.

Eine frische, fröhliche Reaction, die Niemand im deutschen Bürgerthum wünscht, wäre freilich Wasser auf die Mühle der Socialisten, da sie nur auf diesem Wege jene revolutionäre Stimmung erzeugen zu können glauben, ohne die sie ihre Zwecke niemals verwirklichen können.

Wohl stellen sie in neuester Zeit in Abrede, daß sie revolutionär sind; sie thun gar entschieden piquirt, wenn man Roth Roth nennt und sie der radicalen Umsturzpläne bezichtigt. Das ist aber auch eines ihrer Mittelchen, mit deren Hilfe sie sich hindurch zu lägen und in den Augen Leichtgläubiger weiß zu waschen suchen. Wir haben das Harmlose ihrer Behauptungen erst vor Kurzem auf Grund einer Blumenlese aus der socialdemokratischen Presse kennen gelernt. Da aber die Lüge wiederkehrt, so kann auch die Wahrheit nicht oft genug ihre Stimme erheben. Daber schnell noch einige süße Proben zu Roth und Frommen Deter, die noch nicht vollständig überzogen sind.

In seiner Rede in der Reichstags-Sitzung vom 1. Mai 1872 sagte Bebel, dieser Hauptführer der Socialdemokratie: „Mein politisches Ideal ist die socialdemokratische rothe Republik“; in seiner Rede im Reichstage am 24. Mai 1870: „Wir von unserem Standpunkte als socialdemokratische Republikaner sind entschiedene Gegner des Instituts der Fürsten“, was er dann am 6. December 1870 weiter ausführte, indem er sagte: „Das Endziel des deutschen Volkes muß einzig und allein die Beseitigung der Monarchie und die Begründung der Republik sein.“

Die Liebe der Socialdemokratie zu dem engeren Vaterlande und dem Standpunkte, den dieselbe zu den Einzelstaaten einnimmt, charakterisirt Bebel in seiner Reichstagsrede vom 8. November 1871 durch die Worte: Es ist und heute vollständig gleichgültig, ob die Existenz der kleineren Staaten auch nur noch einen Tag aufrecht erhalten werden wird oder nicht. Die Constitution des Eigenthums anlangend, heißt es im socialdemokratischen Programm, daß seiner Zeit einstimmig von der Partei angenommen wurde: die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft.

Wenn den Socialdemokraten in Folge dessen vorgeworfen wird, sie wollten theilen, thun sie ganz entsetzt und beleidigt und doch sprechen sie mit Verehrung von dem Schweizer Communisten

Beitling, der in seiner Schrift „Garantien der Harmonie und Freiheit“ das Eigenthum ein himmelstreichendes Unrecht, die Ursache aller Ranges und Elends Tausender nennt und welcher in seiner weiteren Schrift „Das Evangelium des armen Sünder“ den Rath erteilt, das Proletariat möge durch Stehlen die Vermögensunterschiede wieder ausgleichen und auf solche Weise die Güter wieder an sich bringen, die ihnen die Besitzenden abgenommen hätten.

Der socialistische Congress in Basel beschloß: Die Gesellschaft besitzt das Recht, das Privateigenthum an Grund und Boden abzuschaffen und in gemeinsames Eigenthum umzuwandeln, diese Umwandlung ist eine Nothwendigkeit.

Herr Bebel erklärte hierzu auf dem Congress in Stuttgart: In Deutschland müsse man diese Frage vorsichtig anfaßen, denn der Bauer sei in seine Eigenthumsbegriffe verbohrt. In der Sache hätte er sich mit den Babeler Beschlüssen einverstanden zu erklären; während derselbe Herr Bebel in seiner Schrift „Unser Ziel“ ohne Weiteres erklärt: Die Verteilung macht uns den geringsten Kummer, wenn wir nur erst zu verteilen haben.

Bezüglich der Abschaffung der Ehe und des Familienlebens herrscht unter den Socialdemokraten allseitiges Einverständnis. Brode will „die Göttin der Liebe“ wieder auf den Thron setzen und wünscht das Band gelöst, wenn die Liebe aufhört, während ein anderer Führer der Socialdemokratie conform mit Hofencleber sich dahin ausdrückt, daß zwischen der Ehefrau und der Prostituirten nur ein quantitativer Unterschied sei.

Daß die Kinder mit dem Moment, wo sie die Mutterbrust entbehren können, sofort in eine zur Kindererziehung eingerichtete Staatsanstalt gebracht und hier, falls sie nicht sterben, socialdemokratisch erzogen werden sollen, kann man nur natürlich finden.

Wie die Socialdemokratie es mit der Religion hält, ist bekannt. Sapienti sat!

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 26. Januar.

Im Anschluß an früher bereits gerüchtweise mitgetheilte Nachrichten verlaute jetzt bestimmt, daß der Kaiser dem Reichslande für das Jahr 1877 einen Besuch zugesagt hat. Der Kaiser hat die bezüglichen Aeußerungen dem General von Franck gegenüber bei dessen letzter Anwesenheit in Berlin gethan. Es ist Ende Mai, Anfang Juni als der Zeitpunkt der kaiserlichen Reise in Aussicht genommen, welche Weg und Straße zu berathen soll. Auch der Kronprinz wird, wie man hört, die Reise mitmachen.

Ein bedauerliches Wahlergebniß haben wir bereits gestern aus dem 9. badischen Wahl-

kreise berichtet: der Candidat der National-liberalen, der frühere Minister Jolly, ist in der Stichwahl seinem deutschconservativen Mitbewerber, einem bisher in der Öffentlichkeit völlig unbekanntem Polihändler Kay, erlegen. Es ist dies der einzige Erfolg, den die im vorigen Sommer angeschürte deutschconservative Bewegung in Süddeutschland davongetragen hat, und überaus lehrreich für diejenigen, welche in selbstlicher Verblendung in der neuerhebenden deutschconservativen Reactionspartei eine Stütze der Reichsregierung zu erblicken vermeinten. Der Abg. Kay verdankt seine Wahl keineswegs wirklich conservativen Elementen, sondern einer Coalition des protestantischen Pietismus mit dem Ultramontanismus, und auch bei dieser Gelegenheit haben einzelne zerstreute Fortschrittler unter der Regide des bekannten Biorzheimer Agitators W. Müller es sich nicht eingehen lassen, durch Stimmzerpflünderung und Enthaltung, vielleicht auch offenes Eintreten für den Gegencandidaten sich neue Verdienste um die liberale Sache zu erwerben. Der neue Abgeordnete wird den ultramontanen Wählern, auf deren Schultern er emporgestiegen ist, seinen Dank schon abzustatten wissen und es wird sich zeigen, welche eine prächtige Stütze für die nationale Politik des Reichstanzlers man sich in diesen „Deutschconservativen“ groß gezogen hat. Die „Kreuzzeitung“ allerdings mag über diesen Erfolg jubeln, aber die governmentalkonservative Richtung wahrhaftig nicht. Das Resultat ist um so bedauerlicher, als es einen Mann von der Volkvertreterung ausschließt, der in seiner langjährigen Regierungsthätigkeit sich die wichtigsten Verdienste um die nationale und liberale Sache im Reich und in seinem Heimatlande erworben und eine höchst schätzenswerthe neue Kraft für das parlamentarische Leben zu werden versprach. Hoffentlich wird es sich bei einer Nachwahl ein anderer Wahlkreis zur Ehre rechnen, Herrn Jolly ein Mandat anzubieten.

Eine andere Hiebpost kommt heute, gleichfalls aus Baden, hinterdrein. Bei der engeren Wahl im 5. badischen Wahlbezirk (Freiburg-Baldkirch) wurde Rechtsanwalt Neumann (Merikal) mit 9644 Stimmen gewählt. Der Gegencandidat Dr. Bürklin (nat-lib.) erhielt 9635 Stimmen. Der Unterschied betrug also hier im Ganzen 9, sage neun Stimmen. (Vergl. jedoch Telegramm.)

Das Bündniß zwischen Socialdemokraten und Ultramontanen bei den Wahlen ist dieser Tage auch in den Debatten des Abgeordnetenhauses berührt worden, und ein Redner des Centrums geseht ganz offen ein, daß seine Partei lieber für Socialdemokraten stimme als für Nationalliberale, weil diese ihre feindselige Gesinnung gegen die Kirche schon bewährt hätten, während man sie bei Jenen erst zu erwarten habe. Dergestalt wird mit größter Offenheit die Selbstverwandtschaft zwischen der Socialdemokratie und